

P. Thietz

Ehem. Abgeordneter der letzten Volkskammer und des Europa-Parlaments

Zum Backhaus 6/ 54552 Gefell
Tel. 02692-931 246 Fax -931 711
hpt@hoffnung-deutschland.de

Presseerklärung 05/2010 (7. 9. 2010):

Rückführung statt realitätsfremder Integrationspolitik

Gemäß Thilo Sarrazin würden wir durch die bisherige Zuwanderungspolitik und durch die hohe Geburtenrate der bereits in der BRD lebenden Ausländer - mit oder ohne bundesdeutschem Pass - allmählich Fremde im eigenen Land und schließlich als deutsche Ethnie sogar vom Aussterben bedroht.

Obwohl die politischen Ebenen und öffentlichen Medien alle diese Probleme auf ein reines Integrationsproblem zu reduzieren versuchen; dass die bisherigen Integrationsinitiativen demnach noch nicht ausgereicht hätten und eben noch mehr Anstrengungen unternommen werden müssten, und diese Zuwanderung für uns alle eine Bereicherung darstelle, geben lt. Umfragen über 90 % der Deutschen den Sarrazinschen Aussagen recht.

Und - Deutschland, ein Einwanderungsland? Welch eine unsinnige Aussage, denn die BRD ist eines der dichtbevölkersten Territorien der Welt!

Durch das Geburtendefizit würden die Deutschen in ihrer Anzahl mehr und mehr schrumpfen, diese fortschreitende Differenz müsste durch Einwanderung ausgeglichen werden. Und die Schweiz? Sie hat weit weniger Bürger und ist dennoch problemlos und mit hohem Lebensstandard existent. Warum sollten wir nicht ebenfalls mit einer geringeren Einwohnerzahl auskommen?

Wer liegt hier nun falsch - die in der offiziellen Öffentlichkeit verbreitete Ablehnung der Sarrazinschen Äußerungen oder das gesunde Volksempfinden? Lassen wir hierzu frühere Bundeskanzler als unbestritten honorige und objektive Personen zu Wort kommen:

- **Ex-Bundeskanzler Ludwig Erhard 1965:**

„Der deutsche Arbeitsmarkt ist erschöpft. Die Heranziehung von noch mehr ausländischen Arbeitskräften stößt auf Grenzen. Nicht zuletzt führt sie zu Kostensteigerungen und zusätzlichen Belastungen unserer Zahlungsbilanz.“

Und das bei damals nur 1,2 Millionen Ausländern! Erhard muss es wissen, als Vater des Wirtschaftswunders!

- **Ex-Bundeskanzler Willy Brandt (Regierungserklärung 1973):**

„In unserer Mitte arbeiten fast 2,5 Millionen Menschen anderer Nationen. Es ist aber notwendig geworden, dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten. Wir dürfen das Problem nicht dem Gesetz des augenblicklichen Vorteils überlassen!“

Wie gesagt – es geht hier um die Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft!

- **Altbundeskanzler Helmut Schmidt gegenüber Zeitungsverlegern zu seinen Zeiten:**

„Mit weit über 4 Millionen Ausländern ist die Aufnahme der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen ... Mehr als 4,5 Millionen Ausländer können wir mit Anstand nicht verdauen ...“

Mit 4 Millionen erschöpft!!

Und 1975:

„Beim Zuzug von Gastarbeiter-Angehörigen ist die zulässige Grenze inzwischen erreicht und in manchen Fällen bereits überschritten. Ich warne vor einem Nationalitäten-Problem in der Bundesrepublik Deutschland!“

Und 1980:

„Die Bundesrepublik soll und will kein Einwanderungsland werden!“ und:

„Wir haben 4 Millionen Ausländer, wir wollen keine 6 Millionen!“

und in „Die Zeit“, am 5.2.82:

„Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!“

und in einer DGB-Veranstaltung seines Hamburger Wahlkreises im Nov. 1981:

„Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag!“

Hier wurden also von Helmut Schmidt 4,5 Mio. Ausländer als alleroberste Grenze genannt. Und wie viele haben wir heute?

Laut Statistischem Bundesamt hatten wir 2008 15,6 Millionen Personen mit „Migrationshintergrund“ in der BRD; das waren 19 % bei einer Bevölkerungszahl von rund 82,1 Millionen. Also **15,6 Millionen statt eines gemäß Helmut Schmidt äußersten Maximums von 4,5 Millionen! Und das ist das tatsächliche Problem!**

Davon waren 7,3 Mio. Ausländer und 8,3 Mio. mit einem bundesdeutschen Pass.

Daran ist ersichtlich, wie der Ausländeranteil von den 80iger Jahren bis heute auf das etwa 4-fache explodiert ist! Und wenn sogar offiziell (durch die Bundeskanzlerin!) zugegeben wird, dass sich die Polizei nicht mehr in bestimmte Ausländerviertel traut, und deutsche Schüler - da oft in Klassen bereits in der Minderheit - von ihren ausländischen Mitschülern zusammengeschlagen werden und zeitweise sogar nur unter Polizeischutz den Schulweg bewältigen können usw. usw., dann ist bereits der Beginn des von Schmidt prophezeiten Mord- und Totschlags eingetreten!

Dies belegt auch die wegen ihrer Buchpublikation offenbar umgebrachte Jugendrichterin Kirsten Heisig am Beispiel Berlin: Schwerkriminelle, also mit mehr als 30 schweren Straftaten, haben zu 90 % einen Migrationshintergrund!

Es ist also völlig berechtigt, wenn sich die Deutschen mehr und mehr als Fremde im eigenen Land sehen. Und das ist das eigentliche Problem, und nicht eine angeblich fehlgeleitete Integrationspolitik! So viele Millionen von Ausländern können in keiner Weise integriert und so angeblich Deutsche werden, denn Moslems und Araber sind geburts- und mentalitätsmäßig eben Moslems und Araber und werden durch eine Passübergabe nicht automatisch zu Deutschen mit nun deutscher Mentalität. Sie bleiben zumeist so doch ein Fremdkörper in der deutschen Gesellschaft.

Dies beweist eine Befürchtung auch von israelischer Seite, wie das ZDF am 3. 9. auf Videotexttafel 159 bezüglich der derzeitigen israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen berichtet:

„Israel sieht in einem Rückkehrrecht der Palästinenser eine Existenzbedrohung für den jüdischen Charakter des Staates.“

Gleiches Recht auch für uns! Auch wir sehen in dem stetig steigenden Ausländeranteil eine Bedrohung des deutschen Charakters unseres Landes, der schon zu einem erheblichen Teil verloren gegangen ist.

Das zeigt sich auch an völlig verfehlten inländischen Entwicklungen, wie dass ein Moslem sich hier bei uns vier Frauen halten darf und diese einen Anspruch

auf Sozialleistungen haben! Wie kann man uns zumuten, die Vielweiberei von Muslimen hier in unserem Heimatland zu dulden und finanzieren zu müssen?

Oder - die Integrationsbeauftragte Böhmer (CDU) fordert lt. Westfalenblatt v. 21.5.2010 eine Zurverfügungstellung von Dolmetschern für Ausländer für ihre Arztbesuche!

Was für eine verkehrte Welt! Jeder Ausländer, der hier bei uns leben will, hat sich selbstverständlicherweise unseren deutschen Verhältnissen anzupassen und nicht umgekehrt! Oder er muss sich eben eine Heimstatt suchen, die seiner Mentalität entspricht und er Vielweiberei und entgegen unseren Tierschutzgesetzen eben doch Tiere bei lebendigem Leibe schächten darf.

Das ist das eigentliche Problem und nicht etwa noch mehr Milliarden und Milliarden für noch mehr absolut unwirksame Integrationsmaßnahmen in den Sand zu setzen.

Dies erhärtete auch die Aussage eines Sprechers des niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz von 1980:

„Aus politischen und religiösen Gründen ist die Mehrzahl der 1,2 Millionen Türken (inzwischen wurden es 2008 bereits 2,8 Millionen!) in der Bundesrepublik nicht integrierbar! Viele Türken sind Mitglieder in rechts- oder linksextremen Organisationen. Polarisierung und Bereitschaft zur Gewalt, Re-Islamisierung und nicht zuletzt ein schwer disziplinierbarer Volkscharakter ergeben eine brisante Mischung und stellen eine wachsende Bedrohung der inneren Sicherheit dar.“

Dass dies genau zutrifft, zeigt z. B. die offensichtlich für alle Medien verbindliche Vorgabe, eine ausländische Herkunft von Tätern zu verschweigen, was nun mit z. B. „mit südländischem Aussehen“ zu umgehen versucht wird.

Wenn es vorrangig an einer verfehlten Integrationspolitik der Bundesrepublik liegen würde, dann müsste es in anderen europäischen Ländern mit gleichfalls hohem Ausländeranteil alles in Frieden und Eintracht einhergehen und gäbe es dort eine solche Ausländerproblematik nicht. Nur das wäre ein Beweis, dass die Integration von Menschen andersartiger Kulturkreise und Glaubensrichtungen auf europäischem Boden möglich ist. Doch das ist bekanntlich keineswegs der Fall!

Überall, wo Ausländer verstärkt in die europäischen Nationen eingedrungen sind, gibt es die gleichen Probleme wie hier auf deutschem Boden. Es ist deshalb absolut unmöglich, insbesondere Muslime und Afrikaner hier in die europäischen Völker einzumischen, da die Charaktere und Kulturen zu unterschiedlich sind, um harmonisch nebeneinander

auf gleicher Fläche leben zu können. Deshalb wurde bereits vor mehreren Jahren öffentlich Multikulti als gescheitert erklärt! Hat man das schon wieder vergessen?

Was ist also zu tun? Hierzu äußerte sich **Helmut Kohl** wie folgt:

- In einem ZDF-Interview v. 3.10.1982, dem ersten Tage seiner Kanzlerschaft:
„Aber es ist auch wahr, dass wir die jetzige vorhandene Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, dass das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt. Wir müssen jetzt sehr rasch vernünftige, menschlich sozial gerechte Schritte einleiten, um hier eine Rückführung zu ermöglichen.“

Und an anderer Stelle, und das offensichtlich bereits vor einigen Jahrzehnten:

„Das Problem ist, dass wir offen aussprechen müssen, dass wir mit der Zahl der türkischen Gastarbeiter bei uns, wie wir sie jetzt haben, die Zukunft nicht erreichen können. Die Zahl kann so nicht bleiben. Sie muss verringert werden.“

Das heißt nichts anderes, als eine prinzipielle Rückführung der Ausländer in ihre eigentlichen ethnischen Heimatregionen, bis ein maximaler Ausländeranteil der von Schmidt genannten von etwa 4 Millionen wieder erreicht ist.

Wie ist das zu bewerkstelligen?

- Als Erstes sofortiger Stopp jeglichen Ausländerzustromes.
- Prinzipiell haben alle arbeitslosen Ausländer das Land zu verlassen und sind - so das nicht freiwillig erfolgt - abzuschicken.
- Ausländer, die angeblich ihre Papiere verloren haben, sind, so sie nicht bereits am Grenzübertritt gehindert werden können, so lange zu Mindestbedingungen in Gewahrsam zu nehmen, bis sie ihre ethnische Heimat offenlegen, in die sie dann abzuschicken sind.
- In gleicher Weise sind alle Ausländer abzuschicken, die straffällig geworden sind. Dies gilt auch für altersmäßig nicht oder noch vermindert strafverantwortliche Jugendliche, für die deren Eltern einzustehen haben und dann mit ihnen das Land verlassen.
- Dies erstreckt sich auch auf alle Jugendlichen und Erwachsenen, die die einfachsten Grundsätze unserer Kultur missachten und z. B. unsere Mädchen und Frauen als „Schlampen“, „Huren“, und deutsche Bürger als „Schweinefleischfresser“ und dgl. beschimpfen. Solche ausländischen Elemente haben in unserem Land nichts zu suchen und zeigen so die absolute Unverträglichkeit mit unserer abendländischen Kultur.
- Alle bisher erfolgten Einbürgerungen sind unter den Vorbehalt der Vor-

läufigkeit zu stellen, und dass bei Straffälligkeit oder Missachtung unserer deutschen Kultur diese wieder eingezogen werden kann.

Hierbei ist festzustellen, dass das System der bundesdeutschen Rechtsnormen nicht mehr den heutigen gesellschaftlichen Realitäten entspricht und solche die innerdeutsche Ordnung gewährleistenden Maßnahmen großteils verhindert. Ein Staat kann durch eine weltfremde Liberalität und falsch verstandene Humanität sich selbst zugrunde richten – wie der Sarrazin-Titel „Deutschland schafft sich ab“ zu Recht aufzeigt. Wie kann es sonst z. B. möglich sein, dass der bekannte hochkriminelle türkische Jugendliche Mehmet 110 Straftaten begehen konnte, bis er endlich 1998 14 Jahre alt geworden, juristisch belangt und abgeschoben wurde? Deshalb müssen die inländisch geltenden Gesetze schnellstens den realen Bedingungen unserer innenpolitischen Situation angepasst werden.

Sollten dieser Verfahrensweise zudem irgendwelche internationalen Regelungen entgegenstehen, so ist dennoch trotz Protesten in diesem Sinne zu verfahren, wie dies eben jetzt gegenüber den Roma in Frankreich geschieht.

So das nicht gangbar sein sollte, sind diese Regelungen in diesem Sinne international durch einseitige bundesdeutsche Erklärung einzuschränken bzw. sonst diese Verträge aufzukündigen.

Entgegenstehende Festlegungen des Grundgesetzes, wie ein möglicher Wiederentzug der bundesdeutschen Staatsangehörigkeit, sind beschränkt auf Personen mit Migrationshintergrund aus diesen zwingend realen Erfordernissen entsprechend zu berichtigen, wie dies z. Z. auch in Frankreich erwogen wird.

Sollte eine solche strikte Wende in der Ausländerpolitik nicht vollzogen werden, dann sind wir Deutschen - wie bereits an vielen Schulen! - tatsächlich zunehmend Fremde im eigenen Land, das doch für uns und unsere Kinder unsere angestammte Heimat ist und wofür wir nichts anderes fordern, als das uns zustehende Menschenrecht, als eigenes Volk mit seiner eigenen, spezifischen Kultur schöpferisch in Harmonie untereinander leben zu dürfen.

Über 90 % der Deutschen haben sich lt. Umfragen prinzipiell hinter die Sarrazinschen Darstellungen gestellt – wann wird man demgemäß Art. 20(2) des Grundgesetzes - „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ - endlich entsprechen?

H.-P. Thietz

Ehem. Mitglied des Politischen Ausschusses des Europa-Parlaments